

Input für die Diskussion des Willy-Brandt-Kreises zu dem Grundsatzprogramm-Prozess: Unsere globale Verantwortung. Wie kann Europa die außen- und friedenspolitischen Probleme lösen? Götz Neuneck (13/04/26)

Auf der Grundlage ihrer Geschichte definiert sich die SPD als Friedenspartei, in der immer wieder - trotz historischer Umbrüche - konzeptionell wie pragmatisch politische Beiträge zu Frieden und Stabilität in Deutschland und Europa erreicht wurden. Angesichts der aktuellen Umwälzungen der globalen Ordnung sind aber neue Konzepte, Koordination und Politikansätze nötig. Die Verwendung der Begriffe Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Solidarität müssen verantwortungsvoll friedenspolitisch umgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund geopolitischer Rivalitäten kommen die aktuellen außenpolitischen Herausforderungen Europas und Deutschlands gleich aus mehreren Richtungen: Die USA unter Trump/Vance sind aktuell ein unzuverlässiger und aggressiver Partner. Eine längerfristige, militärische Bedrohung durch Russland erscheint möglich. China möchte in Zukunft den Rang einer Supermacht einnehmen. Die globalen Mächte rüsten in vielen Bereichen drastisch auf. Der globale Süden erstarbt und fordert mehr Mitsprache. Der nicht enden wollenden Ukraine-Krieg hat die europäische Sicherheits- und Friedensordnung nachhaltig erschüttert. Die Kriegshandlungen der USA in Venezuela und im Mittleren Osten belegen, dass gefährliche Konflikte mit globalen Konsequenzen auch für Europa entstehen und weiter eskalieren können. Das internationale Völkerrecht wird immer weniger eingehalten, multilaterale Institutionen werden ignoriert oder sogar aktiv bekämpft. Die liberale Weltordnung hat sich nicht in der Form durchgesetzt, wie viele gehofft haben. Damit wird auch die Zukunft der Vereinten Nationen und diverser multilateraler Institutionen und Verträge in Frage gestellt. Lange Zeit über beschränkende zentrale Rüstungskontrollverträge wurden gekündigt oder ignoriert oder zeigen keinen beschränkenden Charakter mehr. Die Grundsätze und der institutionelle Rahmen europäischer Sicherheit, die NATO, die OSZE und die Europäische Union werden zudem innen- wie außenpolitisch von Teilen der Gesellschaft in Frage gestellt.

Die einzige bisherige Antwort auf diese sicherheitspolitischen Entwicklungen sind ein nachholender Aufrüstungskurs, der in Bezug auf die potenziellen Bedrohungen sowohl eine nukleare wie konventionelle Dimension enthält. Im Kalten Krieg bestand die Strategie aus einer Komplementarität zwischen Rüstung und Rüstungskontrolle (siehe z.B. Harmel-Report 1967). Ein einseitiger längerfristiger, unkonditionierter Aufrüstungskurs Europas unter Führung einiger Staaten, insbesondere Deutschlands, sowie anhaltende Konfrontationen können auf Dauer nicht bestehen. Sie untergraben die europäischen Werte und den Frieden, außen- wie innenpolitisch, und ruinieren die Volkswirtschaften. Wer wie Europa in der künftigen geopolitischen Situation Frieden und Sicherheit und eine Stärkung der internationalen Ordnung basierend auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Solidarität garantieren möchte, benötigt gerade deshalb eine strategische Ausrichtung und eine Fundierung, die sich am internationalen Völkerrecht, am Bündniszusammenhalt und an Rüstungskontroll- und Abrüstungsperspektiven ausrichtet.

Eine Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und Resilienz auf europäischer und auf nationaler Ebene erscheint angesichts ungelöster Gefahren und künftiger Bedrohungen in einigen Be-

reichen zwar notwendig, wird aber im Einzelnen heute nicht durchdekliniert, koordiniert oder perspektivisch gestaltet. Weder liegen überzeugende Bedrohungsanalysen vor, noch werden künftige Strategien in den Domänen Weltraum, Cyberspace, See-, Luft- und Landstreitkräfte konzipiert, koordiniert oder durch Rüstungskontrolle abgesichert. Damit es nicht zu einem Wettrüsten und einer verstärkten nuklearen Bedrohung in und um Europa kommt, müssen die Fähigkeitslücken identifiziert und gefüllt, aber auch konzeptionell mit Rüstungskontrollvorschlägen abgesichert werden. Stichworte sind hier „nicht-provokative Streitkräftedispositive“, Verzicht auf weitere Nuklearwaffenstationierungen und ein Ausbau von Luftverteidigung. Dazu ist Planung, Koordinierung und Absprache nötig. Zusätzlich wäre es sinnvoll, innerparteilich einen Koordinierungskreis aus ExpertInnen der verschiedenen Sektoren zu bilden und einen Verteidigungsplan für Europa vorzulegen. Zudem muss die komplementäre Vorgehensweise der Harmel-Logik von 1967 übernommen werden: Aufrüstungsschritte müssen mit Rüstungskontrollangeboten gekoppelt werden. Rüstungskontrolle, Risikoreduzierung und Vertrauensbildung sind Leitmotive, die durch aktive strategische Planung und Koordinierung gestärkt werden müssen. Leitprinzipien wie „nicht-provokative Verteidigung“ oder „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ sind kompatibel mit Artikel 26.1 des Grundgesetzes, der hervorhebt: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Eine nicht-provokative Verteidigung ermöglicht auch die Rückkehr zu Vertrauensbildung und Abrüstung sowie den Erhalt und die Stärkung des internationalen Völkerrechts. Kooperative Sicherheit und kollektive Verteidigung stärken das internationale Völkerrecht und die Friedenssicherung der Vereinten Nationen und sind mit den UN-Nachhaltigkeitszielen vereinbar.

Die Europäische Union kann im Sinne einer „koordinierenden Sicherheits- und Verteidigungsunion“ als „koordinierende Instanz für Beschaffung, Logistik und gemeinsame Prinzipien der nationalen Streitkräfte“ tätig werden. Gleiche Standards bei Waffensystemen, Munition und Streitkräftedispositiven sind sinnvoll, kostensparend und perspektivisch nicht-aggressiv. Für Auslandseinsätze von gemeinsamen europäischen Streitkräften könnten Prinzipien erarbeitet und gemeinsame Manöver abgehalten werden. Fähigkeitslücken sollten europaweit und koordiniert geschlossen werden. Eine solche europaweite Koordinierung ist auch nötig im Bereich Technologieintegration und –kontrolle sowie bei der Rüstungsexportkontrolle.

Ein massiver Ausbau von Nuklearstreitkräften in und um Europa muss unter allen Umständen verhindert werden. Weder gibt es eine wirkungsvolle Verteidigung gegen Atomwaffen, noch erhöht die Aufstockung von Nukleararsenalen die Sicherheit in Europa. Der Nichtverbreitungsvertrag, dessen Überprüfungskonferenz im April/Mai 2026 ansteht, steht vor dem Scheitern. Alle P5-Staaten und Nuklearwaffenbesitzer rüsten auf. Auch ein Ende des nuklearen Testmoratoriums ist möglich sowie eine forcierte Bewaffnung des Weltalls. Europa muss hier eigene Konzeptionen und Positionen entwickeln. Für eine vorausschauende Strategiedebatte fehlen angesichts der polarisierten gesellschaftlichen Debatte aber die Fach- und Koordinierungsinstanzen sowie perspektivisch die Umsetzung klarer Leitprinzipien wie Frieden, Verteidigungsfähigkeit, Krisenstabilität und Abrüstungsfähigkeit.